

Heinrich Rönneburg

Der 1970 geborene Historiker Markus Gröchtemeier übernahm weitgehend die bekannten Inhalte aus obigen Quellen, schmückte sie mit einigen allgemeinen Kenntnissen aus und fügte ein paar Inhalte aus einer Rönneburg-Akte des Staatsarchivs Wolfenbüttel hinzu. Nicht alles stimmt, was er schreibt. Rönneburgs Verhaftung im Oktober 1944 rechnet er der „Aktion Gewitter“ kurz nach dem 20. Juli zu. Das ist inkorrekt, da sich diese Verhaftungswelle nur auf zwei Tage im August beschränkte.¹ Wie Gröchtemeier haben es die Autoren aller bis jetzt erschienenen Biogramme nicht für erforderlich gehalten, die Angaben zu dessen Tätigkeiten im „Dritten Reich“ zu hinterfragen. Das hätte bis zu den 1960 bis 80er Jahren nicht überrascht. Mehr als siebzig Jahre nach Kriegsende und nach der Befreiung ist diese Nachlässigkeit ein schlechtes Zeichen. Eine umfassende Aufarbeitung braucht Historiker, die Fragen entdecken und die Antworten auch dort suchen, wo sie nicht vermutet werden.

(...)

Schaut man im Wolfenbütteler Staatsarchiv vorhandene Akten viel kritischer an als es die oben erwähnten Historiker getan haben, entstehen zunächst Fragen zur Glaubwürdigkeit vieler darin bewahrter Aussagen und vor allem Fragen, ob die drei oben bezeichneten Lebensabschnitte Rönneburgs wirklich so verlaufen sind, dass man zweifellos annehmen kann, er habe die Zeit von 1933 bis 1945 ohne NS-Belastung überstanden.

(...)

Rönneburg, so belegt es eine Aktennotiz, rief auch schon mal (am 16.6.1939) auf dem Obersalzberg an. Dieser Anruf stand im Zusammenhang mit Juden, Zwangsarbeiter im Rahmen des „Geschlossenen Arbeitseinsatzes“.² Zu Rönneburgs Teil in der Behandlung der jüdischen Berliner stellt sich die Frage, was er über die geplante Deportation der Juden in östliche Vernichtungslager mit dem Ziel der Ermordung wusste.

Laut Schiefer soll Clahes als Vertreter der GBI an der Wannseekonferenz teilgenommen haben.³ Haben beide, Rönneburg und Clahes, über die dort gefassten Beschlüsse gesprochen, könnte man fragen. Das erübrigt sich, da laut Mitteilung der Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“ von *einer Beteiligung des oder Einladung an einen GBI-Vertreter nichts bekannt sei*.⁴

(...)

Drei Abschnitte des Lebens von Heinrich Rönneburg sind vor 32 Jahren erstmalig beschrieben worden: Seine Tätigkeit als Organisator von Studienreisen amerikanischer Bürger durch Deutschland zwischen 1933 und 1936, seine beruflichen Aufgaben bei der „Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt“ 1939 bis 1945 und seine Festnahme im Oktober 1944 und Haft bis zum März 1945. Die Autoren, denen diese oberflächlichen Inhalte ausreichten und die sie Jahr für Jahr kaum verändert übernahmen, fielen die darin verborgenen Fragen nicht auf: Wie liefen die Studienreisen inhaltlich ab und waren sie von der NS-Ideologie beeinflusst? Welche konkrete Tätigkeit übte Rönneburg bei der „Neugestaltung der Reichshauptstadt“ aus im Zusammenhang mit der Tatsache, dass sein oberster Vorgesetzter Albert Speer war? Der veröffentlichte 1981 das Buch „Der Sklavenstaat“. Warum wurde Rönneburg festgenommen? Aus welchen Quellen stammen diese Angaben?

¹ Dieses wurde mir von Prof. Dr. Johannes Tuchel von der Berliner „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ bestätigt. (Email an den Autor vom 7.4.2016) Es wird inzwischen sogar bezweifelt, ob die „Aktion Gewitter“ überhaupt eine spontane Reaktion auf den 20. Juli war. Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_Gitter (20.4.2016) Hätte Gröchtemeier diesbezüglich recherchiert, hätte er die Namensliste der am 22. und 23. August verhafteten Personen gefunden. Der Name Rönneburg ist nicht enthalten, dafür aber der Name des Wolfenbütteler SPD-Politikers Otto Rüdiger. Ein anderes Kriterium der „Gewitter“-Verhafteten war, dass sie in Konzentrationslager gebracht wurden. Das ist bei Rönneburg nicht der Fall.

² Ebd., S. 112.

³ Schiefer, Jörg-Michael, Speers Vollstrecker Willi Clahes, Göttingen 2015, S. 121.

⁴ Dr. H.C. Jasch von der Gedenk- und Bildungsstätte an den Autor, 18.6.2016.

An der unvollständigen Recherche war auch das Staatsarchiv Wolfenbüttel beteiligt, das im Dezember 1978 eine Anfrage des Deutschen Bundestags zu Rönneburgs Biografie mit oberflächlichen Informationen zur „Generalbauinspektion für die Reichshauptstadt“ beantwortete.⁵ Ebenso handelte der Landkreis Wolfenbüttel im Juni 1989. Die *Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* in Bonn bat die Verwaltung um Unterstützung eines Forschungsvorhabens und über Rönneburgs Gefangenschaft Auskunft zu erteilen. Man habe in der Literatur den Hinweis gefunden, Rönneburg sei von 1941 bis 1945 in Gestapohaft gewesen: *Vor allem wüssten wir gern die genaue Haftzeit sowie den Haftort und ob er noch weiteren Verfolgungen ausgesetzt war.* Diese endlich konkrete Fragestellung beantwortete der damalige Kreisverwaltungsleiter Heinz Sajt nur mit der Übersendung des Heimatbuches 1985, in dessen oben erwähnten Beitrag von Reinmar Fürst es zu der Haftzeit bloß heißt: *Im Oktober 1944 wurde er nach einem Verhör bei der Gestapo über seine politische Vergangenheit in Haft genommen und blieb es bis März 1945 „unter außergewöhnlichen Umständen“.*⁶ Meine Anfrage an die seit der Wiedervereinigung in Berlin ansässige Kommission, ob die Ergebnisse des Forschungsvorhabens veröffentlicht worden sind, blieb erfolglos. Im Rahmen dieses Buchprojektes kann keine vollständig recherchierte Darstellung der beruflichen Tätigkeit Rönneburgs im Nationalsozialismus eingefügt werden.⁷ Daher beschränke ich mich auf einzelne Punkte. Die Darstellung Gröchtmeiers erlaubt die Interpretation, Rönneburg sei ein Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Tatsächlich stellte seine Witwe kurz nach seinem Tod den Antrag, ihn als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen. Werner Ilberg, Rönneburgs politischer Gegenpart in Wolfenbüttel, war zweifellos ein anerkanntes Opfer der nationalsozialistischen Diktatur. Als er gegen die Verringerung seiner „Opfer-Rente“ kämpfte, bemühte sich Rönneburgs Witwe um Entschädigung für die finanziellen Nachteile, die ihr Mann durch die Nationalsozialisten habe auf sich nehmen müssen.

Schaut man im Wolfenbütteler Staatsarchiv vorhandene Akten viel kritischer an als es die oben erwähnten Historiker getan haben, entstehen zunächst Fragen zur Glaubwürdigkeit vieler darin bewahrter Aussagen und vor allem Fragen, ob die drei oben bezeichneten Lebensabschnitte Rönneburgs wirklich so verlaufen sind, dass man zweifellos annehmen kann, er habe die Zeit von 1933 bis 1945 ohne NS-Belastung überstanden. Ohne konkrete Überprüfung hatte der „Öffentliche Kläger beim Entnazifizierungs-Hauptausschuss der Stadt Braunschweig“ im Januar 1949 entschieden, dass Rönneburg vom Entnazifizierungsrecht nicht betroffen sei. Seite zwei des Entnazifizierungsbogens enthält 32 Fragen zu Mitgliedschaften in NS-Gliederungen, Verbänden und Organisationen Alle beantwortete er mit Nein. Am 18.4.1947 unterschrieb Rönneburg eine eidesstattliche Erklärung, dass er niemals Mitglied der NSDAP oder irgendeiner ihrer Gliederungen gewesen sei.⁸ Am Schluss enthält der Fragebogen, von dem Rönneburg gleich drei ausfüllte⁹, konkrete Fragen zu einer NS-Gegnerschaft: (a) *Welcher politischen Partei haben Sie als Mitglied vor 1933 angehört?*

Deutsche Demokratische Partei!

(b) *Waren Sie Mitglied irgendeiner verbotenen Oppositionspartei oder -gruppe seit 1933?*

Nein. Rönneburg ergänzte: *Verbindung gehalten mit fr. Mitgliedern d. Demokr. Partei von*

⁵ StA Wf, 27 Slg. Nr.1803.

⁶ StA Wf, 95 N R 49, Zg. 21/1988, Rönneburg.

⁷ Eine wissenschaftlich fundierte Biographie Rönneburgs könnte im Rahmen der Reihe „Braunschweiger Biographien“, herausgegeben von der STIFTUNG NORD/LB - ÖFFENTLICHE, veröffentlicht werden. Bisher sind dort drei Biographien erschienen: Carl Lauenstein, Dr. Heinrich Jasper und Otto Bennemann.

⁸ ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1.

⁹ StA Wf, 3 Nds 92/1 Nr. 8421. Zwei gleichlautende mit zwei verschiedenen Schreibmaschinen in Braunschweig ausgefüllte Formulare vom 25.VII. ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1, ausgefüllt am 26.III.46 in Wolfenbüttel

1933 an.

- (c) Waren Sie jemals ein Mitglied einer Gewerkschaft, Berufsgewerblichen oder Handelsorganisation? Ja. Deutscher Lehrerverein u. Dt. Beamtenbund.
- d) Wurden Sie jemals aus dem öffentlichen Dienste, einer Lehrtätigkeit oder einem kirchlichen Amt entlassen, weil sie in irgendeiner Form den Nationalsozialismus Widerstand leisteten oder gegen deren Leben und Theorien auftraten? Ja. Rönneburg ergänzte: v. 14.10.1944 - 22.3.1945 in Berlin in Haft wegen meiner fr. politischen Tätigkeit.
- e) Wurden Sie jemals aus rassistischen oder religiösen Gründen oder weil sie aktiv oder passiv den Nationalsozialisten Widerstand leisteten, in Haft genommen oder in Ihrer Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit oder sonstwie in Ihrer gewerblichen oder beruflichen Freiheit beschränkt? Ja. Falls Ja, dann geben Sie Einzelheiten sowie Namen und Anschriften zweier Personen an, die die Wahrheit Ihrer Angaben bestätigen können. Ernst Lemmer,¹⁰ Berlin-Kl. Machnow, Hohe Kiefer 19 (Vorstandsmitglied der neugegründeten Einheitsgewerkschaft) Heinr. Lübke,¹¹ Berlin-Marienfelde, Emilienstr. 16, früher Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei.

In allen Darstellungen über Rönneburg wird auf seine Tätigkeit als Betreiber und Leiter von Studienreisen amerikanischer Professoren, Lehrer und Studenten in Deutschland hingewiesen. Genauere Informationen darüber, wie so eine Studienreise ablief, werden nicht geboten. Da Rönneburg diese Tätigkeit von Berlin aus betrieb, bat ich das Bundesarchiv um Auskunft über mögliche Archivalien zu Rönneburg. Das Ergebnis war die Einsichtnahme in eine Akte mit Bewerbungen von Deutschen für einen Posten bei den bevorstehenden Olympischen Spielen 1936, darunter auch von Heinrich Rönneburg. Die Akte enthält sachliche Anfragen und Bewerbungen aber auch Einschmeicheleien mit nationalsozialistischem Pathos bis hin zu persönlichen Briefen an Hitler zum Beispiel mit der Anrede „Euer Durchlaucht“. Zur Unterstützung seines Vorhabens wandte Rönneburg sich im November 1935 an den Staatssekretär a.D. Dr. Theodor Lewald (1860 - 1947)¹², dem Vorsitzenden des Organisationskomitees der Olympischen Spiele. Er bedankte sich für ein persönliches Gespräch, in dem er ihm seinen Wunsch auf *irgendwelche Mitarbeit für den Olympia-Organisations-Ausschuss* habe mitteilen können. Beigefügt hatte er seinem Brief einen ausführlichen Bericht über eine *Studien- und Erholungsreise amerikanischer Professoren, Lehrer und Studenten, die er mit Unterstützung der massgeblichen deutschen Behörden - z.B. des Auswärtigen Amtes, des Reichspropagandaministeriums, sowie der deutschen Konsularbehörden in den USA - durchgeführt habe.*¹³ Das

¹⁰ Rönneburg hat 1932 in Klein Machnow in der Straße „Am Brodberg“ ein Einfamilienhaus gekauft und wohnte dort bis 1945 bis zu seinem Weggang nach Wolfenbüttel. Ernst Lemmer (1898-1970) war ein Politiker der DDP. Nach 1945 war er für die CDU Bundespostminister, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte. Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Lemmer (4.4.2016)

¹¹ Diese Aussage ist inkorrekt: *Von 1932 bis 1933 war Lübke für die Deutsche Zentrumspartei Mitglied des Preußischen Landtages. Bei der Landtagswahl am 5. März 1933 wurde er wiedergewählt. Am 18. Mai 1933 stimmte der Landtag wie im Reich gegen die Stimmen der SPD einem Ermächtigungsgesetz für Preußen zu. Danach trat er nie wieder zusammen. Am 14. Oktober 1933 wurden die Volksvertretungen der Länder aufgelöst und auf 30. Januar 1934 schließlich ersatzlos aufgehoben.* Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_L%C3%BCbke (9.5.2016) Heinrich Lübke (1894-1972) war nach 1945 unter anderem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und von 1959 bis 1969 Bundespräsident.

¹² Lewalds väterliche Vorfahren waren Juden. Nach dem Boykott von Geschäften jüdischer Inhaber am 1. April 1934 trat Lewald nach öffentlichen Diffamierungen zurück. Er trat von allen Ämtern im Sport außer der IOC-Mitgliedschaft und dem Vorsitz im Organisationskomitee der Sommerspiele von 1936 zurück. Die Gefahr einer Aberkennung der Austragung der Olympischen Spiele bzw. die internationale Wirkung auf diesem Vorgang bewirkten, dass er sein Amt behielt. Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Lewald (26.4.2016)

¹³ Es handelt sich um die dritte Studienreise im Juli/August 1935 durch mehrere europäische Länder.

anliegen Schreiben des New Yorker Generalkonsuls R. Borchers enthält diesen Satz: *Durch ihre Tätigkeit haben Sie dazu beigetragen, dass in weiten Kreisen dieses Landes Verständnis für die deutsche Sache beschaffen wird, und das wird jeder Deutsche in Amerika mit besonderem Dank anerkennen.*

Er teilte er Lewald die Namen von Unterstützern des Studienaustausches mit: *Herr von Feldmann im Reichspropagandaministerium, Herr Präsident Reichard vom Werberat der deutschen Wirtschaft, Herr Moshack vom Deutschen Auslands-Institut Stuttgart und Herr Paul Dittrich vom Deutschen Akademischen Austauschdienst sicher gern Auskunft erteilen.*¹⁴

Rönneburg wurde bei der Werbung für diese Reisen von zwei in den USA lebenden Brüdern unterstützt. Er selber war von Januar bis April 1935 in den USA gewesen und hatte neben Vorträgen in rund dreißig Städten und in Universitäten Werbung betrieben. Zusätzlich habe er Zehntausende von Briefen und rund 100.000 Kataloge und Drucksachen verschickt. Als Ziel der Besuche amerikanischer Bürger nannte er am Beginn seines Berichts den Ausbau der *bildungspolitischen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland und den Teilnehmern einen Einblick in die jetzigen deutschen Verhältnisse zu geben und Verbindungen zu knüpfen zwischen den Angehörigen des amerikanischen und deutschen Volkes.* Die Reise begann am 7. Juli 1935 in Bremen und führte bis zur Abfahrt in Bremerhaven am 22. August durch ca. 50 Städte und die mit ihnen verbundenen Landschaften, unter anderem auch Braunschweig¹⁵ und Bad Harzburg. Rönneburg bot den Teilnehmern beinahe klischeehaft klassische deutsche Sehenswürdigkeiten, aber auch Orte nationalsozialistischer Politik und Informationen zu deren Ideologie. In Jena erlebten die 35 Teilnehmer *die Umgestaltungen im deutschen Universitäts- und Studentenleben* und in Nürnberg sahen sie *die imponierenden Bauten auf dem Parteitag-Gelände.* Hier habe sich auch die Gelegenheit geboten, *über die damit in Verbindung stehenden Fragen zu sprechen.* In München sahen die Besucher die Pinakothek, das Hofbräuhaus und die Feldherrnhalle. Diesen Ort nahm Rönneburg zum Anlass, mit den Amerikanern auch *über die deutsche Reichswehr und die Bedeutung der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht* zu sprechen. In zwei Stuttgart benachbarten Orten besuchte die Gruppe ein Arbeitsdienstlager. In dem mustergültig eingerichteten Lager, so Rönneburg, habe die *Bedeutung der von den Arbeitsdienstwilligen für das Gesamtwohl geleisteten Arbeiten gezeigt* werden können. Die Amerikaner hätten hier einen besonders nachhaltigen Eindruck gewinnen können. In Heidelberg und Heilbronn sei gemeinsam über die Geschichte des Bauernkrieges gesprochen sowie die Möglichkeit genutzt worden, die Situation der Bauernschaft in der *Jetztzeit* zu erörtern. In Heidelberg direkt habe der dortige stellvertretende Kreisleiter der NSDAP einen Vortrag über die politische Lage Deutschlands und des Nationalsozialismus gehalten. Im weiteren Verlauf erhielten die Amerikaner neben den normalen geschichtlichen und touristischen Hinweisen auch Angaben zu *den Demütigungen und Verlusten für Deutschland wegen des Versailler Vertrages, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung* und über Straßenbaumaßnahmen. Als sie am 26. Juli von Ingolstadt auf der neu eröffneten „Reichsautobahn“ fuhren, wurde die Gelegenheit genutzt, über dieses *bedeutsame Werk der Reichsregierung* zu sprechen.

In seiner Schlussbetrachtung hob Rönneburg hervor, die Besucher hätten *eine Fülle von starken Eindrücken und ein lebendiges Bild von Deutschland und dem deutschen Volksleben mit heimgenommen.* Allen Amerikanern sei aufgegangen, warum wir *dieses Land lieben,*

¹⁴ BArch Berlin-Lichterfelde, R 8077/3.

¹⁵ Ein Rundgang durch die Stad am 13. Juli 1935t: *Gewandhaus, Altstadtmarkt mit dem herrlichen Altstadt-Rathaus, Eulenspiegelbrunnen, Mummehaus, Alte Waage, Burg Dankwarderode, der Dom Heinrichs des Löwen, Gildehaus, das prachtvolle Residenzschloss und Lessings Sterbehäus und Denkmal.* Ein Wurstfrühstück zeigte die *anerkannte Leistungsfähigkeit der braunschweigischen Fleischindustrie.* BArch Berlin-Lichterfelde, R 8077/3. Vier Tage später besuchte Hitler Braunschweig.

warum wir unsere ganze Kraft für seinen Wiederaufstieg einsetzen. Sie werden sicher wie die vorjährigen Teilnehmer ihre jetzt gewonnenen Eindrücke von Deutschland, die vielfach in einem starken Gegensatz stehen zu dem Bild, das sie sich auf Grund amerikanischer Zeitungsnachrichten und sonstiger Schilderungen von Deutschland bisher gemacht haben, hineintragen in ihre Schularbeit. Den größten Eindruck hätten die Besucher jedoch von der deutschen Jugend gewonnen: Ihre Frische, Sauberkeit, Gesundheit und Wanderlust sei überall eindrucksvoll aufgefallen. Ein Teilnehmer habe diese Erfahrung in diesem Satz zusammengefasst: Es muss schön sein, als Kind in Deutschland zu leben. Rönneburg hatte dem Schreiben auch einige Dankschreiben der Besucher nach ihrer Rückkehr nach Amerika beigelegt. Daraus diese Zitate:

Professor Dr. Werner F Leopold von der Northwestern University in Evanston:

- Die Teilnehmer haben einen besseren Begriff von Deutschland und ein verständigeres Urteil über die neuen Verhältnisse mit nach Amerika zurückbringen können.

Mis Edna Burkhardt, Wausa (Wis.)

- Ihre zwanglosen Erzählungen über interessante Fragen, Ihre klaren Berichte über die ausgezeichneten Dinge, die die gegenwärtige Regierung vollführt, die Art, in der Sie unsere Aufmerksamkeit auf verschiedene Dinge lenkten .. (...), alles das liess es uns verstehen und wertschätzen.

Professor Dr. Edward F. Hauch vom Hamilton College in Clinton (New York)

- Es schien Ihnen daran gelegen zu sein, das wirklich ganz Grosse und Grossartige, was in jüngsten Jahren in Deutschland geleistet wird, noch ganz besonders hervorzuheben. (...) Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das im Benehmen des Volkes untereinander und gegen Fremde zur Geltung kommt; man fühlt sich dabei nicht als Fremder, sonder als Gast in einem Freundlichen Hause.

Die Auswirkungen der Diktatur und der Gewalt gegen Andersdenkende, die immer schlimmer werdende Demütigung und Verfolgung der jüdischen Deutschen, die Zerstörung der Demokratie und die täglichen Einschüchterungen gegenüber Menschen mit eigenen Lebensvorstellungen sind offensichtlich nie zur Sprache gekommen. Am 20. Juli, während des Aufenthaltes der Gruppe in Weimar, mussten die Berliner jüdischen Kaufleute ihre Geschäfte auf dem Kurfürstendamm schließen; nachdem die Gruppe am 20. August den Kölner Dom besucht hatte erlebten die Berliner den ersten Pogrom gegen Juden.

Rönneburgs gezielte Propaganda für Deutschland erhielt zwar Anerkennung, er selber aber blieb mit seiner Bewerbung für Olympia erfolglos. Generalsekretär Lewald ließ ihm im November 1935 eine kurz gehaltene Absage mit einer auffälligen Begründung mitteilen: *Das Organisations-Komitee beschränkt sich auftragsgemäss auf die sportliche Organisation; Propaganda gehört nicht zu seiner Aufgabe. Die von uns zu leistende Organisation wird in bescheidener Weise durchgeführt, so dass wir in absehbarer Zeit keine Mitarbeiter benötigen.*¹⁶ Was Rönneburg zeitnah nach dieser Pleite beruflich getan hat, ist nicht eindeutig nachzuvollziehen. Eine von ihm nach 1945 (ohne konkretes Datum) aufgestellte „Berechnung der ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten“ enthält diesen Hinweis: *Am 1.4.1933 in den Ruhestand versetzt. Ende 1933 gem. § 4 BBG. ohne Pension entlassen, im Spätherbst 1934 erfolgte rückwirkend Aufhebung dieser Anordnung gem. § 6 BBG. mit Pension sodann in den Ruhestand versetzt.*¹⁷ Das Ruhestandsgehalt betrug „rund RM 4000.- jährlich.“¹⁸ Sein im November 1947 geschriebener Lebenslauf bietet nur wenig Klärung. Darin heißt es: 1936,

¹⁶ BArch Berlin-Lichterfelde, R 8077/3.

¹⁷ StA Wf, 95 N Nr. 313 Zg 21/1988.

¹⁸ StA Wf, 3 Nds 92/1 Nr. 8421.

nach dem Tod meines Bruders, habe ich mit dem früheren Vizekanzler im Kabinett Brüning und Reichsfinanzminister Hermann Dietrich-Baden¹⁹ sowie mit dem früheren Botschafter in USA. Dr. v. Prittwitz und Gaffron²⁰ eine „Deutsch-Amerikanische Beratungs- und Vermittlungsgesellschaft“ in Berlin gegründet, deren persönlich haftender Gesellschafter und Geschäftsführer ich war.²¹ Über die Arbeit dieses Unternehmens ist bisher nichts bekannt. Rönneburg gibt für die Jahre 1937/38 ein Jahresgehalt von 3.600 Reichsmark an. Seine jährlichen Bezüge betragen damals demnach 7.600 Reichsmark.²²

Am 15. Dezember 1938 wurde Rönneburg nach eigenen Angaben als Angestellter bei der „Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt“ zunächst als Referent eingestellt. Später sei er zum Abteilungsleiter aufgestiegen. Da er in dieser Dienststelle unter den höheren Angestellten wohl der einzige Nicht-Nationalsozialist, gewesen sei, habe ihn besonders die DAF (Deutsche Arbeitsfront) und der Betriebsobmann immer wieder auf das schärfste angefeindet: *Ich habe jedem Druck bezüglich Eintritt in die Partei und die DAF widerstanden.*²³

Was war die „Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt“, wie ist Rönneburg an diese Tätigkeit, die er bis Zum Ende des „Dritten Reiches“ ausübte gelangt und welche Tätigkeiten hat er ausgeübt? Die Anfangsgeschichte dieser Institution ist in mehreren Büchern, aus denen in der Folge zitiert wird, gut dokumentiert und kann hier nur angedeutet werden: Das Reichsgesetzblatt veröffentlichte am 30. Januar 1937 den „Erlaß über den Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt“. Darin heißt es am Anfang: *(1) Zur planvollen Gestaltung des Stadtbildes der Reichshauptstadt Berlin wird ein Generalbauinspektor eingesetzt.*

*(2) Der Generalbauinspektor wird vom Führer und Reichskanzler ernannt. Er untersteht ihm unmittelbar und führt die Bezeichnung „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt“.²⁴ Leiter der Generalbauinspektion (GBI) war Albert Speer²⁵, der Berlin im Sinne nationalsozialistischer Machtrepräsentation umgestalten sollte: *Die Dienststelle war mit ministeriums-gleichen Befugnissen nur dem Führer“ Adolf Hitler unterstellt und allen städtischen Behörden übergeordnet.*²⁶ In einem ausführlichen Buch²⁷ berichtet Jörg-Michael Schiefer über die Tätigkeit der GBI und der Einbindung Braunschweiger Nationalsozialisten in dieses Arbeitsfeld: *Die Dienststelle des Generalbauinspektors (GBI) wurde um eine Planungsstelle sowie eine Durchführungsstelle (16.6.1938) erweitert. (...) Die Durchführungsstelle der Generalbauinspektion (GBI) war den Behörden des Reiches, Preußens und Berlins übergeordnet. Sie konnte sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben dieser Behörden bedienen. Mit dieser Superbehörde**

¹⁹ Hermann Dietrich, (1879-1954), Reichstagsabgeordneter der DDP bis 1933, war in beiden Kabinetten Brüning vertreten. Vizekanzler war er von März 1930 bis Mai 1933.

²⁰ Friedrich von Prittwitz (1884-1955), ein weltoffener und demokratisch gesinnter Adliger, war von 1927 an Botschafter in den USA. 1933 stellte er dieses Amt zur Verfügung. Er soll seine Abneigung gegenüber den Nazis nicht verborgen haben, habe sich aber keiner Widerstandsbewegung angeschlossen. Nach 1945 gehörte er zu den Gründern der CSU. Vgl.: <http://www.kas.de/wf/de/37.8285/> (10.5.2015)

²¹ ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1.

²² Die Kaufkraft der Reichsmark laut Hamburger Staatsarchiv und dem Statistischem Bundesamt im Jahr 2000 für die Jahre 1937/38: 1 Reichsmark = 3,58 Euro. 7600 Reichsmark = 27.08,00 Euro.

²³ ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1.

²⁴ Vgl.: http://www.documentarchiv.de/ns/1937/generalbauinspektor_erl.html (10.5.2016)

²⁵ Schon bei der Nennung dieses Namens hätten sich meines Erachtens mit Rönneburg befasste Historiker näher über dessen Arbeitsplatz informieren müssen.

²⁶ Vgl.: <https://de.wikipedia.org/wiki/Generalbauinspektor> (10.5.2016)

²⁷ Das Buch ist im Braunschweigischen Jahrbuch rezensiert worden. Die Rezensentin kommt zu diesem Schluss: *Alles in allem spricht das Buch ein wichtiges Thema an, nämlich die Rolle der Schreibtischtäter und ihre Verstrickungen in der NS-Zeit anhand des konkreten Beispiels Willi Clahe. Leider ist aufgrund der vielen angesprochenen Unzulänglichkeiten und Fehler eine Chance vertan worden. Ein kritisches Lektorat hätte dem Buch gut getan.* Vgl.: Braunschweigisches Jahrbuch 2016, S. 293 ff.

*als Instrument verfügte Speer über weitreichende, nahezu diktatorische Vollmachten nicht nur zur Entmietung und Entsiedlung¹⁴⁴ jüdischer Wohnungen und Häuser, sondern auch zur Neubauplanung in Berlin und anderen Städten des Reiches.*²⁸ Der Historiker Ernst-August Roloff stellte das Buch in der Braunschweiger Zeitung vor und hob die Aufgabenstellung hervor: *Die neue Durchführungsstelle hatte die Aufgabe, die Reichshauptstadt in kürzester Frist „judenfrei“ zu machen, das heißt alle Juden aus ihren Häusern und Wohnungen zu vertreiben.*²⁹ Als Präsidenten dieser Institution berief Speer den einstigen Braunschweigischen NSDAP-Politiker Ernst Zörner (1895-1945, verschollen), seit 1930 Präsident des Braunschweigischen Landtags und nach schweren Konflikten mit Ministerpräsident Dietrich Klagges nach Dresden abgeschoben, wo er Oberbürgermeister wurde.³⁰ Zörner kannte seit Kindheit den Braunschweiger Juristen und hohen Stadtverwaltungsbeamten Willi Clahes³¹ (1895-1948), den er zum Vizepräsidenten und seinem Stellvertreter berief. Ob Rönneburg während seiner Arbeitslosigkeit versucht hatte, Braunschweiger Kontakte für die Suche nach einer Stellung zu nutzen, ist nicht bekannt. Laut Schiefer hat Clahes Rönneburgs Berufung als Referent in der Durchführungsstelle befürwortet, obwohl dessen politische Vergangenheit bekannt war. Hier stieg er schließlich auf zum Hauptabteilungsleiter mit einem jährlichen Gehalt von 10.000 Reichsmark. Dazu Joachim Fest: *Zu den vorbereitenden Maßnahmen für die Neugestaltung Berlins gehörte auch der Abriss von Häusern und ganzen Wohnquartieren, um Platz für die Große Straße sowie die angrenzenden städtischen Strukturen zu gewinnen. Schon im Januar 1939 hatte Speer deshalb sein Amt um die »Hauptabteilung Umsiedlung« erweitert und an deren Spitze Dietrich Clahes berufen, der kurz zuvor zu ihm gestoßen war. Das Büro hatte die Aufgabe, sämtliche Wohnungen im Neubaugebiet zu erfassen und den Bewohnern andere Unterkünfte zuzuweisen. In der Praxis richtete sich seine Tätigkeit vor allem gegen die jüdischen Bürger der Stadt, sei es, daß sie selber in den betroffenen Straßenzügen wohnten oder daß sie ihre Wohnungen für die nichtjüdischen sogenannten Abrißmieter räumen mußten, die im »Neugestaltungsbereich« zu Hause waren.*³² *Die tägliche Praxis für die Neuordnung sah so aus: Zunächst wurden die Juden, die ja per Gesetz die Reichsbürgerschaft verloren hatten, nach Übertragung ihres Vermögens an den Staat zur Emigration getrieben. Nur wenig später fanden ebenfalls auf der Grundlage von Reichsgesetzen Entmietung und Entsiedlung statt, deren finale Folge, der Tod in den KZs, eine geradezu*

²⁸ Schiefer, Jörg-Michael, Speers Vollstrecker Willi Clahes, Göttingen 2015, S. 43.

²⁹ Braunschweiger Zeitung, 28.4.,2015.

³⁰ Zörner, Ernst Emil, (1895- verschollen1945) trat 1922 der der NSDAP bei. 1928 wurde er Stadtverordneter in Braunschweig, ein Jahr später Fraktionsführer der Stadtverordneten, 1930 MdL und im gleichen Jahr Präsident des Landtags. 1932-1933 war er MdR, dessen Vizepräsident er am 21.03.1933 wurde. Als 1932 Adolf Hitler bei der Reichspräsidentenwahl kandidieren sollte, arrangierte Z. dessen Ernennung zum Regierungsrat beim Landeskultur- und Vermessungsamt in Braunschweig und verschaffte ihm dadurch die deutsche Staatsbürgerschaft. Zörner beendete seine Tätigkeit bei Speer als ihn Hans Frank als seine besondere Vertrauensperson ins Generalgouvernement holte. Er war bis Januar 1940 Stadthauptmann von Krakau und ab Februar 1940 Gouverneur des Distrikts Lublin. Während seiner Amtszeit in Lublin fand 1942/43 im Kreis Zamosc eine durch die SS mit großer Brutalität durchgeführte Aussiedlung polnischer Landbevölkerung statt. Meinungsverschiedenheiten mit anderen NS-Führern führten dazu, daß Zörner 1944 aus dem Dienst des Generalgouvernements entlassen und ins Reich zurückbeordert wurde. Vgl. nach: Jarck, Horst-Rüdiger/ Scheel, Günter (Hg.), Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 19. und 20. Jahrhundert, Braunschweig 1996, S. 675. Laut Reinhard Bein ist er bei Kämpfen gegen tschechische Widerstandskämpfer zwischen dem vierten und neunten Mai 1945 in oder um Prag ums Leben gekommen. Todeserklärung: 31.12.1945, 24 Uhr.

³¹ Clahes trug als Beigeordneter und Vertreter des Oberbürgermeisters den Titel Bürgermeister. In dem 2013 erschienenen Buch über die Braunschweiger Bürgermeister mit Kurzbiographien der einzelnen Amtsträger ist Clahes nicht berücksichtigt. Er wird namentlich nur in einem Nebensatz erwähnt, und zwar in dem Biogramm zu seinem Nachfolger, der als Beigeordneter ebenfalls die Amtsbezeichnung Bürgermeister trug. Vgl. Steinführer, Henning/Böhler, Claudia, Die Braunschweiger Bürgermeister - Von der Entstehung des Amtes im späteren Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Braunschweig 2013, S. 411. Clahes ist nicht aufgenommen worden, da er kein „Oberbürgermeister“ war. Mitteilung von Henning Steinführer an den Autor, 30.5.2016

³² Fest, Joachim, Speer - Eine Biographie, Berlin 1999, S. 160 f.

automatische Tatbestandsverwirklichung darstellte, die in immer radikaler werdendem Umfang durchgeführt wurde. (...) Speer entschied über „O“ und „Wie“ der Entmietung und auch sicher über die Deportation, die von SS und Reichsbahn ausgeführt wurde. Zörner, solange er Präsident der Durchführungsstelle war, Hettlage als sein Nachfolger und Clahes führten die geplanten Maßnahmen selbständig durch. Speer, Zörner, Hettlage und Clahes wie auch Fiedler, Mietzner und Rönneburg verfügten über Tatmacht und Gestaltungsherrschaft, da sie auch die Schalthebel der Macht bedienten.³³ In dem oben bereits zitierten Erlass heißt es in Paragraph zwei am Schluss: *Der Generalbauinspektor ist befugt, die zur Erreichung dieses Zweckes nötigen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen.*³⁴ In einem Abschlußbericht, so Joachim Fest, den Dietrich³⁵ Clahes über die Tätigkeit der Hauptabteilung Umsiedlung für die Zeit seit dem 1. Februar 1939 vorlegte, heißt es im nüchternen Behördenstil: *„Aufgabe der Umsiedlungsabteilung war es, sämtliche im Gebiet der Reichshauptstadt vorhandenen Judenwohnungen zu erfassen, sie zu räumen und den Mietern zuzuweisen, die durch Maßnahmen der Neugestaltung ihre Wohnungen verloren hatten. Insgesamt wurden erfaßt: 23765 jüdische Wohnungen. Der Kreis der zu Betreuenden wurde auf Vorschlag des Generalbauinspektors durch Führerbefehl erweitert auf kriegsversehrte Soldaten, Ritterkreuzträger und mit dem EK I [Eisernen Kreuz i. Klasse] ausgezeichnete Mannschaften und Unteroffiziere. Von den erfaßten Judenwohnungen wurden 9000 Wohnungen vergeben. Die Zahl der umgesiedelten Personen betrug 75 000.“*³⁶ Die Arbeit der Umsiedlungsstelle endete am 5. November 1942. Clahes erhielt eine Tätigkeit im Zuge des totalen Kriegseinsatzes und wurde in das Rüstungsministerium abkommandiert.

2017 erschien das Buch „Albert Speer - Eine deutsche Karriere“ von Magnus Brechtken. Im Klappentext heißt es zu diesem neuen Buch: *Er (Brechtken) zeigt nicht nur, wie markant Albert Speers Stilisierung als angeblich unpolitischer Techniker den historischen Tatsachen widerspricht. Auf der Basis jahrelanger Recherchen und vieler bislang unbekannter Quellen schildert er zugleich, wie Millionen Deutsche Speers Fabeln mit Eifer übernahmen, um sich die eigene Vergangenheit schönzureden, und wie sehr intellektuelle, namentlich Joachim Fest und Jobst Siedler, diese Legendenbildung unterstützten. Die verblüffende Biographie eines umtriebigen Manipulators - und zugleich ein Lehrstück für den deutschen Umgang mit eigener Geschichte.* Neue Erkenntnisse zu Clahes und Rönneburg enthält das Buch allerdings nicht. Zeitgleich fand in Nürnberg die Ausstellung „Albert Speer in der Bundesrepublik - Umgang mit deutscher Vergangenheit“ statt. Die Ausstellung ist in einem 88seitigen Katalog dokumentiert.³⁷ In der Einleitung nimmt Brechtken Stellung zur Verfälschung der Biographie Speers und zur gefälligen Aufnahme der Öffentlichkeit. Äußerungen darin erinnern mich an Probleme der NS-Geschichtsschreibung im Braunschweiger Land. Über *unbedarfte Historiker* schreibt er, sie hätten den *präzisen Blick in die Quellen gemieden*. Und es sei an der Zeit, den *Legenden die Aufklärung zeitgenössischer Quellen entgegen zu setzen.*³⁸ Zur Arbeit in der GBI notierte Florian Dierl: *Besonders die Mitarbeiter des GBI, die bereits mit jungen Jahren in leitende berufliche Positionen gelangten und sich selbstironisch als „Speers Kindergarten“ bezeichneten, dienten ihrem Chef mit hoher Loyalität. (...) Selbst die verbrecherische Dimension der vom GBI vorangetriebenen Neuordnungspolitik - die von Speer initiierte Vertreibung von tausenden jüdischen Einwohnern Berlins aus ihren Wohnungen - wurde als*

³³ Schiefer, Jörg-Michael, Speers Vollstrecker Willi Clahes, Göttingen 2015, S. 123 f.

³⁴ Vgl.: http://www.documentarchiv.de/ns/1937/generalbauinspektor_erl.html (10.5.2016)

³⁵ Hier irrte Fest. Clahes's vollständiger Vorname war: Paul Otto Hermann Willi Clahes, Rufname Willi. Vgl. Schiefer, Jörg-Michael, Speers Vollstrecker Willi Clahes, Göttingen 2015, S. 15.

³⁶ Fest, Joachim, Speer - Eine Biographie, Berlin 1999, S. 164 f.

³⁷ Dr. Christmeier, Martina/Dr. Schmidt, Alexander (Hg.), Albert Speer in der Bundesrepublik - Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg, Petersberg 2017.

³⁸ Ebd., S. 4-5.

*zweckrational Lösung eines Planungsproblems interpretiert und in der Dienstchronik der Behörden penibel vermerkt.*³⁹

Rönneburgs Witwe versuchte nach dem Tod ihres Mannes auf der Grundlage ihrer Angaben, er sei ein Opfer des Nationalsozialismus gewesen, eine Entschädigung zu erlangen. In einer als „Aussage“ deklarierten Stellungnahme beschrieb sie den Weg ihres Mannes seit Beginn seiner Tätigkeit unter Speer. Diesbezügliche Erklärungen der Witwe müssen sehr kritisch gesehen werden. Sie behauptet hier, ihr Mann habe *Verbindungen zu Männern des 20. Juli, wie Jacob Kaiser, Ernst Lemmer* gehabt: *Er wusste auch von den Dingen um Gördelers usw. Jacob Kaiser, Ernst Lemmer und mein Mann sind öfter zusammengekommen. Irgendwelche Funktionen waren meinem Mann im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli aber nicht zugeordnet gewesen.* Am Beginn des Schreibens gibt sie an, Zörner habe ihren Mann in sein Amt als Abteilungsleiter berufen. Allein diese Aussage ist bereits falsch. Als Begründung vermutet sie, daß *ihr Mann auf Grund seiner Fachkenntnisse im Siedlungswesen in diese Stellung berufen wurde. Vielleicht hatte man meinen Mann auch einberufen, um die Weiterzahlung der Pension zu sparen.*⁴⁰ Auch diese Aussage ist ein Grund für Skepsis, da sie wiederum nur aus Vermutungen besteht. Ungewöhnlich für eine Ehefrau. Erstaunlich aber, dass ein Historiker sie als bare Münze nimmt und sie als feststehende Tatsachen, allerdings ohne Quellenangabe, darstellt. Markus Gröchtemeier schreibt: *Hier steigt Rönneburg aufgrund seines Fachwissens im Siedlungswesen vom Referenten bis zum Abteilungshauptleiter bei der direkt Albert Speer unterstehenden Behörde auf.*⁴¹ Diese Aussage könnte zynisch klingen, bedenkt man die Tätigkeit Rönneburgs, die er dann bis zum Oktober 1944 ununterbrochen ausführte. Rönneburg wurde bereits 1939 zuständig für alle „Russen- und Ausländerlager in Groß-Berlin“. Hierzu gibt es folgende Aussage in dem vom „Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen“ herausgegebenen Buch zur „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945“⁴²: *Das für den Arbeitseinsatz zuständige Ressort leitete seit März 1939 Heinrich Rönneburg. Seine zunächst kleine Abteilung wuchs seit 1940 als „Hauptabteilung II/6“ personell stark an. Ihr zugeordnet waren seit 1940 ein Referat für Lager- und Arbeiterbetreuung, seit 1942 die „Außenstelle Lagerbau“, welche die Lagerbauaktionen in Berlin koordiniert.*⁴³ Was es im Einzelnen mit diesen Lagern auf sich hatte, kann an dieser Stelle nur angerissen werden. Es gibt vielfältige Literatur über die Berliner Lagerlandschaft, deren Insassen angeworbene Männer und Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern waren, aber auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter.⁴⁴ Sie alle arbeiteten angeworben oder unterdrückt und zwangsweise einesteils für die deutsch-hitlersche Kriegsmaschinerie und andererseits für die Umgestaltung Berlins in eine nach Hitlers Vorstellungen entworfene gigantische Reichshauptstadt mit dem Ziel der Vollendung um 1950. Am Höhepunkt dieser Zwangsarbeit lebten in Berlin in 700⁴⁵ Lagern rund 330.000 „Fremdarbeiter“⁴⁶. Im Bereich Rönneburgs waren es

³⁹ Ebd., S. 37.

⁴⁰ StA Wf, 4 Nds Nr. 2103 Zg. 41-1992-001.

⁴¹ Gröchtemeier, Markus, Heinrich Rönneburg (Oberkreisdirektor 1946-1947), in: Bei der Wieden, Brage/Steinführer, Henning, Amt und Verantwortung. Träger kommunaler Selbstverwaltung im Wirkungskreis der Braunschweigischen Landschaft, Braunschweig 2015, S. 701 ff.

⁴² Bräutigam, Helmut/Fürstenberg, Doris/Roder, Bernt, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003.

⁴³ Ebd., S. 106.

⁴⁴ Vgl. Layer-Jung, Gabriele/Pagenstecher, Cord, Vom vergessenen Lager zum Dokumentationszentrum? - Das ehemalige NS-Zwangsarbeiterlager in Berlin-Schöneeweide, in: „Gedenkstättenrundbrief“ der Stiftung Topografie des Terrors, Nr. 11, 3/2003, S. 3.

⁴⁵ Für die Jahre von 1939 bis 1945 konnten innerhalb des Autobahnringes über 1000 Standorte für Lager und Unterkünfte gefunden werden. Vgl.: Kubatzki, Rainer, Irgendein Lager gleich um die Ecke, in: Edition Luisenstadt, Berlinische Monatsschrift Heft 9/2000, S. 7.

<http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt00/0009proi.htm> (15.5.2016)

⁴⁶ *Dieser zeitgenössische Begriff kann nicht aufrecht erhalten bleiben: Nicht bloß aus historischer Distanz erstreckt sich hier der Begriff Zwangsarbeiterlager auf alle Lager in Berlin und dem Umland. Er steht zunächst*

nach seiner Aussage zwischen 20-25.000 Frauen und Männer.⁴⁷ Von ihm selber am 23. Juni 1945 in Berlin geschrieben liegt ein vierseitiger „Vermerk“⁴⁸ über seine Leitungstätigkeit in „seinen“ Lagern vor. Der Beamte hatte seine durch die Haft unterbrochene Tätigkeit wieder aufgenommen. In einer seiner *Baracken Schutz suchend, sammelte er im Juni 1945 die erste Abwicklungstruppe für den GBI. Der GBI war mit rund 80 Lagern, in denen die mit umfangreichen Luftschutz- und anderen Bauten beschäftigten Arbeiter untergebracht wurden, größter Bauorganisator der Zwangsarbeit.*⁴⁹

Eine auf Rönneburg bezogenen Bundesarchiv-Akte mit dem Titel „Der Beauftragte für die Verwaltung des Reichsvermögens im ehemaligen Geschäftsbereich Speer“ enthielt nur einen Personalfragebogen vom 12.7.1945. Darin beantwortete Rönneburg seine Zugehörigkeit zu einer Partei vor 1933 fälschlicherweise mit „SPD“. Und: Er sei nach dem Einzug der Roten Armee bis zum 30.6.1945 für seine Dienststelle weiterhin *voll beschäftigt* gewesen und *stünde ab 1.7.1945 für die Abwicklung der Geschäfte seiner ehemaligen Hauptabteilung vorläufig weiterhin zur Verfügung*. Außerdem der Hinweis: *Die Benutzung eines Fahrrades ist aus dienstlichen Gründen dringend erforderlich. Von einer Beschlagnahme ist abzusehen.*⁵⁰ In seiner Personalakte ist die gesamte Dauer seiner Tätigkeit vermerkt: 15.12.1938 bis 15.7.1945. In dem Buch „Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin Brandenburg“ weisen die Autoren auf Rönneburg hin: *Im Juni 1945 konstituierte der Hauptabteilungsleiter von II/6, Heinrich Rönneburg, eine Abwickelstelle für das Vermögen des GBI. Er hielt sich nur wenige Tage in dieser Funktion. Dr. Hans Neikes, einer der Rechtsreferenten des GBI, der eng mit Albert Speer zusammengearbeitet hatte, verdrängte ihn und ging erst ohne, dann mit Mandat von städtischen Stellen an die Abwicklung, unterstützt von fast 20 ehemaligen Angestellten des GBI, die als politisch nicht belastet galten. Sie erfaßten bis zum Herbst 1945 den Zustand und das Inventar der GBI-Lager, recherchierten nach Kassen, Lebensmittel und altem Personal.*⁵¹ Es kann also davon ausgegangen werden, dass er den Vermerk noch während seiner Tätigkeit geschrieben hat. Fragen entstehen: Für wen hat er den Vermerk erstellt, der von Rechtfertigung nur so strotzt? Auf die nächste Frage, warum er Berlin dann schnell verlassen hat, soll später eingegangen werden. Bevor ich aus dem Vermerk, der hier eigentlich vollständig aufgeführt werden sollte, Zitate einbringe, möchte ich einige Fundstellen aus der Literatur zu seiner Tätigkeit einführen. Der wohl bedeutendste Hinweis auf seine Tätigkeit hat mit der zwangsweisen Akquirierung tschechischer Arbeiter zu tun. Nach dem Überfall und der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Wehrmacht am 15./16. März sollten aus den Reihen der demobilisierten tschechischen Armee Arbeitskräfte nach Berlin gebracht

einfach sprachlich als Bedeutungsträger im Kontext mit Zwangsarbeit und ist davon schlecht absetzbar. Sonst käme etwa heraus: Zwangsarbeiter schufteten in Zwangsarbeit, aber kamen in Fremdarbeiterlagern unter. Die Fakten geben solche Wertungen nur durch Überdifferenzierungen her. Die umfassende Anwendung folgt der Tatsache, daß kein Lager für Urlaub oder Abenteuer gedacht war. Vielmehr hatten sie in Abstufungen den Arbeiter quasi mit Haut und Haaren für die Arbeit „zu halten“, die Reproduktion von Kraft und Leben zu drosseln oder bis auf den Tod zu unterbinden. Vgl.: Kubatzki, Rainer, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager - Standorte und Topografie in Berlin und im brandenburgischen Umland 1939 bis 1945. Eine Dokumentation, Berlin 2001, S. 11.

⁴⁷ Die von Jörg-Michael Schiefer in seinem Buch über Claes hergestellten Verbindungen Rönneburgs zur „Entmietung“ der Wohnungen jüdischer Berliner kann angesichts dessen Lager-Tätigkeit meines Erachtens nicht aufrecht erhalten bleiben. Rönneburg begann seine Tätigkeit im Dezember 1938 und begann seine Leitungstätigkeit für den Arbeitseinsatz bereits im März 1939.

⁴⁸ Dass Rönneburg seine Tätigkeitsbeschreibung mit dem Begriff „Vermerk“ versah, deutet an, dass seine Leitungsbeschreibung aufgrund eines offiziellen konkreten Vorgangs erfolgte und wahrscheinlich auch in einer Akte abgelegt wurde.

⁴⁹ Vgl.: Kubatzki, Rainer, Irgendein Lager gleich um die Ecke, in: Edition Luisenstadt, Berlinische Monatsschrift Heft 9/2000, S. 7. (<http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt00/0009proi.htm>, 15.5.2016)

⁵⁰ BArch Berlin-Lichterfelde, R3/ ANH. 376. Von wem dieser Fragen erhoben wurden ist nicht vermerkt.

⁵¹ Meyer, Winfried/Neitmann, Klaus (Hrsg.), Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg, Berlin 2001, S. 109.

werden. Wegen der daraus resultierenden Probleme entschloss sich die Durchführungsstelle, die Initiative zu übernehmen: *Rönneburg reiste nach Prag, um unter Umgehung der Arbeitsverwaltung in direkt geführten Verhandlungen Arbeitskräfte zu beschaffen. Er verhandelte mit Vertretern der als Verbindungsstab und Überwachungsinstanz tätigen „Deutschen Delegation im Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung“.* Bei seinen Gesprächen vergaß Rönneburg nicht den Hinweis, dass es sich bei der Neugestaltung durchweg um Bauvorhaben handelte, *„die auf unmittelbare Aufträge und Weisungen des Führers, der besonders daran interessiert sei, zurückgingen und daß daher unsere Anträge [...] unter allen Umständen und so schnell wie möglich berücksichtigt werden müssten“.* Speer und *„der Führer“* würden über die Ergebnisse seiner Reise unterrichtet werden. Diese kaum verhüllte Drohung blieb wohl nicht ohne Wirkung, denn die Deutsche Delegation zeigte sich kooperativ.

*„Zusammenfassend“, stellte Rönneburg befriedigt fest, „glaube ich sagen zu dürfen, daß mein Besuch bei der Deutschen Delegation, falls mir die gemachten Zusagen innegehalten werden, seinen Zweck voll erfüllt hat.“*⁵² An anderer Stelle heißt es zu dieser Reise: *Im Frühjahr 1939 schickte Speer seinen Abteilungsleiter Rönneburg eigens nach Prag, um die vom Präsidenten des Reichsarbeitsamts grundsätzlich zugesagten tschechischen Ingenieure, Techniker und Arbeiter für Abbruchfirmen anzuwerben.*⁵³ Rönneburg, so belegt es eine Aktennotiz, rief auch schon mal (am 16.6.1939) auf dem Obersalzberg an.⁵⁴ Dieser Anruf stand im Zusammenhang mit Juden, Zwangsarbeiter im Rahmen des „Geschlossenen Arbeitseinsatzes“.⁵⁵ Zu Rönneburgs Teil in der Behandlung der jüdischen Berliner stellt sich die Frage, was er über die geplante Deportation der Juden in östliche Vernichtungslager mit dem Ziel der Ermordung wusste.

Laut Schiefer soll Clahes als Vertreter der GBI an der Wannseekonferenz teilgenommen haben.⁵⁶ Haben beide, Rönneburg und Clahes, über die dort gefassten Beschlüsse gesprochen, könnte man fragen. Das erübrigt sich, da laut Mitteilung der Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“ von einer *Beteiligung des oder Einladung an einen GBI-Vertreter nichts bekannt sei.*⁵⁷

Rönneburg hat sich, wie Schiefer berichtet, in der Entnazifizierung mit einer positiven Erklärung für Clahes eingesetzt - was nicht nur auf ein persönliches Verhältnis hinweist, sondern auch darauf, dass sie nach 1945 weiterhin in Kontakt blieben. Clahes wohnte in Bremen und starb im Oktober 1948 an den Folgen eines Verkehrsunfalls.⁵⁸ Darin lobt Rönneburg Clahes, den er bereits in Braunschweig kennengelernt habe, als *zuverlässigen Mitarbeiter.* 1938 seien sie in Berlin wieder zusammengekommen. Clahes habe ihn trotz seiner politischen Vergangenheit in Braunschweig unterstützt, sodass er als „Referent bei der Durchführungsstelle“ eingestellt werden konnte. Als in den nachfolgenden Jahren seitens der NSDAP immer wieder versucht worden war, ihn zu entfernen, sei Clahes für ihn erfolgreich eingetreten. Bei privaten Treffen im familiären Bereich habe er, Rönneburg, *aus seiner antinationalsozialistischen Gesinnung nie ein Hehl gemacht: Niemals habe ich den Eindruck gewonnen, dass Herr Clahes ein fanatischer oder wirklich überzeugter Nationalsozialist war, nie habe ich erfahren, dass er seine hervorragende dienstliche Stellung im nationalsozialistischen Sinne ausgenutzt hat.*⁵⁹

⁵² Bräutigam, Helmut/Fürstenberg, Doris/Roder, Bernt, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003, S. 111.

⁵³ Willems, Susanne, Der entsiedelte Jude - Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2002, S. 56.

⁵⁴ Ebd., S. 124, Endnote 42.

⁵⁵ Ebd., S. 112.

⁵⁶ Schiefer, Jörg-Michael, Speers Vollstrecker Willi Clahes, Göttingen 2015, S. 121.

⁵⁷ Dr. H.C. Jasch von der Gedenk- und Bildungsstätte an den Autor, 18.6.2016.

⁵⁸ Schiefer, Jörg-Michael, Speers Vollstrecker Willi Clahes, Göttingen 2015, S. 99.

⁵⁹ Bescheinigung von Rönneburg für Clahes, geschrieben in Wolfenbüttel am 1.7.1946. Jörg Schiefer hat mir die Kopie zur Verfügung gestellt.

Ein umfassendes Bild der Tätigkeit Rönneburgs kann erst eine akribische Durchsicht aller hierzu im Berliner Bundesarchiv vorhandenen Unterlagen ergeben. Rönneburg war an einer Vielzahl von Besprechungen beteiligt, die in Bräutigams Buch dokumentiert sind. Im bereits zitierten Buch zur Topografie der Lagerstandorte in Berlin und im Umland ist versucht worden, alle Lager der GBI mit einer Kurzbeschreibung zu dokumentieren. Ich zähle 99 Standorte in Baracken und einige in Wohnungen. Im Resümee des Einführungstextes wird erkennbar, in welcher Weise auch Rönneburg in die nationalsozialistische Ideologie eingebunden war: *Der Lagerbau gehörte zur Programmatik des Nationalsozialismus und war ein Symptom der NS-Diktatur. Er resultiert nicht allein aus der Rüstungsproduktion im engeren Sinne, sondern ist eng verbunden mit den politischen, rassistischen und »völkischen« Zielen der Nationalsozialisten. Von Anfang an bedeuteten die Lager Gewalttätigkeit gegen Menschengruppen. Die Energie der Betroffenen, ihr gesamtes Leben sollte durch die Lager weiter gedrosselt, die Entpersönlichung bis zu den Schlafplätzen und Intimbereichen vorgetrieben werden. Der Lagerbau tat Sachzwängen zur Erhaltung der Arbeitskraft Genüge, er bediente aber auch die Stätten zu ihrer Vernichtung. Er ordnete das Leben der Betroffenen nicht nur äußerlich, der einzelne sollte nicht nur ausgesperrt und gedemütigt werden, sondern darin untergehen. Der Lagerbau brachte die Betroffenen in ein versklavtes Lebensverhältnis zum Regime, zu seiner Umwelt und schließlich zu sich selbst: persönlichkeitslos und minderwertig waren sie nur noch zur Zwangsarbeit zu gebrauchen.*⁶⁰

Rönneburgs Vermerk über seine Lageraufsicht ist angefüllt mit Aussagen, die sein menschenfreundliches Verhalten gegenüber allen Insassen der Lager belegen sollen. Er beschrieb die Auswirkungen seiner Führungstätigkeit ausnahmslos als positiv, sodass man seine Glaubwürdigkeit bezweifeln muss. Weil Aussagen zur Behandlung russischer Insassen auffällig häufig erscheinen, stellt sich die Frage, ob er den „Vermerk“ eventuell auf Verlangen sowjetischer Militärbehörden angefertigt hat. Im ersten Punkt stellte er ausführlich seine persönliche Grundlage für den Umgang mit mehr als 20.000 Ausländern dar. Sie entsprechen nicht der oben zitierten NS-Ideologie: *Ich habe meinen Abschnittsleitern und Lagerführern bei jeder Konferenz immer wieder eingeschärft, dass sie die in den Lagern untergebrachten Ausländer anständig, menschlich und gut behandeln müssen, weil sie fern - fern von der Heimat und von ihren Familien getrennt - sowieso ein hartes Schicksal tragen müssen, das unter allen Umständen Mitleid verdient. Es ist die Pflicht eines jeden Lager- und Wirtschaftsführers, den Leuten zu helfen, wo sie nur können. Sie müssen für Ruhe und Ordnung, Sauberkeit und Gesunderhaltung dieser Arbeiter sorgen, aber sie auch menschlich betreuen und beraten, damit jeder, der in innerer oder äusserer Not sei, sich jederzeit voll Vertrauen an sie wenden könnte, in dem Bewusstsein, dass ihm dann auch jede nur mögliche Hilfe gegeben würde.*⁶¹ Diese sehr menschlichen Ziele, die nicht zum „Dritten Reich“ passen, entsprachen wohl eher Rönneburgs Ethik als demokratischer Politiker in der Weimarer Zeit. Daran erinnerte Senatspräsident Curt Staff⁶² in einem Nachruf in der Lokalzeitung: Er würdigte ihn als

⁶⁰ Kubatzki, Rainer, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager - Standorte und Topografie in Berlin und im brandenburgischen Umland 1939 bis 1945. Eine Dokumentation, Berlin 2001, S. 22.

⁶¹ ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1, S. 1.

⁶² Curt Staff, (1901-1976) und Rönneburg müssen sich in Braunschweig begegnet sein. Staff war hier zur Schule gegangen und konnte nach dem Studium in Göttingen 1927 in der Braunschweigischen Polizeiverwaltung eine Stelle als Regierungsassessors antreten. Staff wurde von den Nationalsozialisten aus dem Dienst entfernt und verprügelt und für mehrere Monate in Dachau eingesperrt. (Vgl.: Wysocki, Gerhard, Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig - Polizeirecht und Polizeipraxis im Nationalsozialismus, Frankfurt 1997, S. 110, 119, 120.) Später war er dann bis 1945 Privatsekretär des Kölner Bankiers Robert Pferdenges. Nach 1945 begann seine weitere Karriere als kommissarischer Landrat des Kreises Gandersheim. Von 1945 bis 1947 war er Generalstaatsanwalt in Braunschweig. Merkwürdiger Weise fehlt sein Name in der Aufzählung der Generalstaatsanwälte im Buch von Rudolf Wassermann: Justiz im Wandel der Zeit, Braunschweig 1989, S. 405

einen Mann, für den „das Bekenntnis zur Würde des Menschen, zur Idee der Gerechtigkeit und zur sozialen Gemeinschaft“ ein selbstverständliches Grundanliegen gewesen sei.⁶³ In einer Archivakte fand ich Staffs ausführliche und teils pathetische Würdigung des Verstorbenen. Daraus ein Zitat: *Demokratie war für ihn ein heiliger Begriff einer Weltanschauung, der Gedanke sozialer Humanität auf dem festen, Jahrtausende alten Boden christlicher Lehre und christlichen Lebens. Rönneburgs gesamte politische und berufliche Tätigkeit erhielt ihre letzte Kraft aus der Idee des Sittlichen, an der er in Übereinstimmung mit der Lehre Kants jeden seiner öffentlichen Schritte orientierte.*⁶⁴ Es ist nicht vorstellbar, dass Rönneburg in der Aura der nationalsozialistischen Ideologie an dieser Grundeinstellung hatte festhalten können. Dennoch muss erwähnt werden, dass *die Organisatoren und Nutznießer der Zwangsarbeit zur Ausbeutung und Erhaltung der Arbeitskräfte durchaus auch etwas taten: Manche richteten Weihnachtsfeiern aus, steckten Verpflegung und Kohlen zu, besorgten gute Arbeitskleidung, versorgten Kranke. Andere taten das weniger oder gar nicht.*⁶⁵ Aus der Sicht der nationalsozialistischen „Herrenmenschen“ nach unten geblickt standen die osteuropäischen Menschen - besonders Polen und Russen und andere Bewohner der Sowjetunion - auf der niedrigsten Stufe der europäischen Menschen. Als „Untermenschen“ wurden speziell als „Bolschewisten“ benannte Russen charakterisiert.

Bereits in seinem zweiten Absatz ging Rönneburg auf die unterschiedliche Behandlung von Russen gegenüber denjenigen anderer Nationalität an: *Da die russischen Arbeitskräfte eine wesentlich geringere Versorgung mit Lebensmitteln erhielten - so bekamen sie keine Butter, aber Margarine und - es folgt eine erstaunliche Äußerung - nur so viel Brot wie die deutsche Zivilbevölkerung, während alle anderen ausländischen Arbeiter höhere Brotrationen und mehr Fett und Fleisch erhielten, ausserdem erhielten sie geringwertigeres Fleisch - habe ich mich immer bemüht, obwohl das den von Sauckel⁶⁶ und der Arbeitsfront erlassenen Vorschriften widersprach, ihnen zusätzliche Lebensmittelrationen zu besorgen. Das galt insbesondere für Gemüse, Kartoffeln und Nahrungsmittel.*⁶⁷ An anderer Stelle des Vermerks betonte Rönneburg, unter der Gesamtbelegschaft von ca. 25.000 Personen *habe er nur 2.000 bis 2.500 russische Arbeitskräfte gehabt. Russische Kriegsgefangene waren bei mir überhaupt nicht untergebracht.*⁶⁸ Auf den fast vier Seiten listete Rönneburg alle seine guten Taten für „seine“ Lagerinsassen auf.

Er habe:

- auch zu Weihnachten trotz Verbotes jeden Arbeiter mit Kuchensemmeln versorgt und Mehl und Brot.
- in allen Lagern *scharfe und regelmässige Kontrollen durch sogenannte Wirtschaftsprüfer vornehmen lassen.*

f. Staff war ein Freund seines Nachfolgers in Braunschweig, Fritz Bauer. Ab 1948 Senatspräsident beim obersten Gerichtshof der britischen Zone in Köln bis 1951. Vgl. Deutsche Richterzeitung, 1970, S. 30 f. Seine Karriere beschloss er als Honorarprofessor an der Kölner Universität. Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Curt_Staff. (18.5.2016)

⁶³ Grau, Andreas, Heinrich Rönneburg (1887-1949) - Landesminister, Niedersachsen, in: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto (Hg.), In Verantwortung vor Gott und den Menschen, Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49, Freiburg 2008, S. 306.

⁶⁴ StA Wf, 250 N Nr. 59.

⁶⁵ Vgl.: Kubatzki, Rainer, Irgendein Lager gleich um die Ecke, in: Edition Luisenstadt, Berlinische Monatsschrift Heft 9/2000, S. 2. (<http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt00/0009proi.htm>, 15.5.2016)

⁶⁶ Ernst Friedrich Christoph Sauckel (1894- 1946) war seit 1927 NSDAP-Gauleiter in Thüringen und von 1942 bis 1945 Generalbevollmächtigter für die Zwangsarbeit. Sauckel gehörte zu den 24 angeklagten Personen im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof und wurde am 1. Oktober 1946 in zwei von vier Anklagepunkten schuldig gesprochen, zum Tod durch den Strang verurteilt und hingerichtet. Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Sauckel (20.5.2016)

⁶⁷ ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1, S. 1.

⁶⁸ ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1, S. 2.

- sich selber *bei jedem Lagerbesuch von der Genauigkeit des Gewichts* der Rationen überzeugt.
- Lager- und Wirtschaftsführer, *bei denen Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden, sofort bestraft bzw. entlassen.*
- *Schwerarbeiterzulagen erwirkt.*
- jedes Lager regelmäßig dreimal pro Woche durch Lagerärzte überwachen lassen.
- *schwer Erkrankte in eins der beiden Krankenhäuser einliefern lassen, die ganz neu und modern erbaut und eingerichtet waren und in denen die Kranken die beste Pflege und ärztliche Behandlung erfahren hätten.*
- dafür sorgen können, dass in seinen Lagern die Todesfälle *außerordentlich gering waren und sogar unter dem Durchschnitt der Zivilbevölkerung* gelegen habe.
- in den Revierkrankenstuben *nur Metallbetten mit Matratzen und sauberer weisser Wäsche* gehabt: *Sie waren so eingerichtet, dass mindestens 4 % der Lagerbelegschaft darin untergebracht werden konnte. Fast nie sei diese Höchstzahl belegt worden.*
- in verschiedenen Lagern, u.a. auch im Russenlager 12/13/14 in Biesdorf,⁶⁹ *Entlausungsanlagen eingerichtet.*
- *gegen die Luftangriffe in sämtlichen Lagern gut ausgebaute Splittergräben* ausheben lassen, *über die ein Grossteil der Berliner Zivilbevölkerung überhaupt nicht verfügte, die meistens auf ihre viel weniger sicheren Keller angewiesen waren.*
- sich besonders fürsorglich um im Lager 18 untergebrachte russische Familien gekümmert. *Im Gegensatz zu den von der Arbeitsfront und dem Arbeitsamt erlassenen Anordnungen, dass diese Familien auch getrennt werden könnten, habe er jede Trennung auf das strengste verboten.*
- *in diesem Lager ein Entbindungsheim eingerichtet, in dem auch eine russische Ärztin tätig war und außerdem deutsche Ärzte. Jede Wöchnerin, die aus der Wöchnerinnen-Stube entlassen wurde, hat auf meine Anordnung ein sogenanntes „Wöchnerinnen-Paket“, in dem sich Binden, Windeln und dgl. befanden, erhalten.*⁷⁰
- Im Lager 18 am Baumschulenweg⁷¹ habe es *einen Kindergarten gegeben, in dem Kinder betreut und mit Spielen beschäftigt wurden. Regelmässige Kinderarbeit*⁷² habe er verboten. Für Säuglinge und Kinder seien im Lager 1 in Staaken⁷³ *Kinderbetten und Wiegen gebaut worden. Er habe Spielsachen (Puppe, Tiere und dgl.) anfertigen lassen. Im Lager 3 in Staaken waren nur russische Frauen und Mädchen untergebracht, die ausschließlich für Bauarbeiten eingesetzt werden sollten. Er habe verboten, dass alle körperlich schwächlichen nicht zu*

⁶⁹ Kurzinformationen zu diesen Lagern in: Kubatzki, Rainer, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager - Eine Dokumentation, Berlin 2001, S. 125, Nr. 237 und Nr. 241 und S. 126 Nr. 242

⁷⁰ Etwa 20 Prozent aller in Berlin eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte waren Frauen. Sie stammten in der Mehrzahl aus der Sowjetunion und Polen. Für „Ostarbeiterinnen“ galten nicht die üblichen Arbeits- und Mutterschutzbestimmungen für Frauen. Stattdessen konnten sie zu körperlichen Schwerstarbeiten herangezogen werden. (...) Schwangere „Ostarbeiterinnen“ wurden bis Ende 1942 noch in ihre Heimat abgeschoben. Dann änderte sich die Praxis. Daraufhin wurden für Polinnen und „Ostarbeiterinnen“ besondere Entbindungsanstalten eingerichtet. (...) Geburten fanden aber auch in normalen Krankenhäusern statt, oft auch in den Unterkunftslagern. Abtreibungen waren osteuropäischen Frauen - anders als deutschen - gestattet, aus Gründen der Kostenersparnis und aus rassenideologischen Gründen. Vgl.: Bräutigam, Helmut/Fürstenberg, Doris/Roder, Bernt, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003, S. 38 f.

⁷¹ Am Baumschulenweg bestanden sechs Lager. Welches zu Rönneburgs Bereich gehörte ist unbekannt. Vgl.: Bräutigam, Helmut/Fürstenberg, Doris/Roder, Bernt, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003, S. 195, Nr. 777 bis 782.

⁷² Ältere Kinder wurden - unter Verletzung von Arbeitsschutzbestimmungen - auch zu Arbeiten in Fabriken und in Lagern herangezogen. Vgl.: Vgl.: Bräutigam, Helmut/Fürstenberg, Doris/Roder, Bernt, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003, S. 39.

⁷³ In Staaken gehörten drei Lager zu Rönneburgs Lagerbereich: Staaken 1 in der Feldstraße, Staaken 2, Staaken 2 und 3 am Brunsbütteler Damm. Lager 2 wurde frühestens ab Oktober 1941 als Kriegsgefangenenlager belegt. Vgl.: Kubatzki, Rainer, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager - Eine Dokumentation, Berlin 2001, S. 170/171/172, Nr. 586, 587, 594.

Bauarbeiten herangezogen wurden. Hauptsächlich für die russischen Arbeitskräfte habe er in der Unterkunft 50/52 in Weißensee⁷⁴ ein großes Kleider- und Wäschemagazin eingerichtet, in dem Näherinnen Wäsche und Kleidung wiederherstellen konnten. Hier reparierten in einer großen Schuhmacherwerkstatt 6-8 Arbeitskräfte Schuhwerk besonders auch für die russischen Arbeitskräfte. In allen Lagern habe er Kantinen eingerichtet, in denen es viele Dinge zu kaufen gab, die die deutsche Zivilbevölkerung längst nicht mehr hatte. Im Russenlager 12/13/14 in Biesdorf sei unter einem russischen Dirigenten eine Musikkapelle mit Instrumenten versorgt worden: Jeden Sonntag war in diesem Lager Tanz, wozu auch die russischen Arbeitskräfte aus den übrigen Lagern regelmässig eingeladen waren und immer in grosser Zahl erschienen. Ich habe das getan, obwohl für die ganze deutsche Zivilbevölkerung ein strenges Tanzverbot erlassen war und obwohl ich deswegen wiederholt grosse Schwierigkeiten mit der deutschen Polizei und Arbeitsfront gehabt habe. Hier wurden russische Volkstänze aufgeführt und Theater gespielt. Ich selbst habe an einer derartigen Veranstaltung mit meiner Frau zu Ostern teilgenommen und mich herzlich darüber gefreut, mit welcher Fröhlichkeit und Begeisterung alle Teilnehmer dabei waren. Bei dieser Gelegenheit habe ich wiederholt Zigaretten verteilt, weswegen ich nachher von der Polizei angeklagt und eingesperrt wurde. Rönneburg berichtet weiter von Sport- und Varietéveranstaltungen, Kunstabenden, Ausflügen, Dampferfahrten und dass in jedem Lager eine Bücherei bestand und auch Radioapparate bereit standen. Am Schluss betonte er, dass die von ihm betrauten und verwalteten Lager als Musterlager galten. Die Ostarbeiter seien gern in seine Lager gekommen, da in den übrigen Lagern überall viel Unzufriedenheit geherrscht habe: Die in seinen Lagern untergebrachten russischen Arbeitskräfte hätten es überhaupt viel besser gehabt als anderswo.⁷⁵ Rönneburgs „Vermerk“ ist eine wahrscheinlich dem unbekanntem Zweck dieser Aussagen gediente Beschönigung. Inwieweit seine Hilfsmaßnahmen zutrafen kann kaum belegbar nachvollzogen werden. Ich zitiere daher Passagen aus wissenschaftlichen Untersuchungen zu vielen Aspekten der Sklavenlager in und um Berlin: Insbesondere der „Ostarbeitereinsatz“ erfolgte unter teilweise katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Unzureichend war die Verpflegung der Ostarbeiter, die sowohl in Erzählungen von Betroffenen als auch in zeitgenössischen Berichten übereinstimmend als „wässrig“, ohne Nährstoffe und von schlechter Qualität beschrieben wird - unzureichend für einen langen, über zehnstündigen Arbeitstag an den Drehbänken der Fabriken. Die Folgen stellten auch in Berlin den ökonomischen Erfolg des „Ostarbeitereinsatzes“ in Frage. „Fälle von Arbeitsverweigerung, Streiks und Schlappmachen infolge schlechter Ernährung“ waren keine Einzelereignisse, sondern in Berlin ebenso wie im übrigen Reich die Regel. Aufmerksam geworden durch einen signifikanten Abfall in der Produktion sahen sich Rüstungsdienststellen und Betriebe veranlasst, zusätzlich Lebensmittel zu beschaffen bzw. bei den zuständigen Behörden Anträge auf Erhöhung der Rationen zu stellen, ehe das Reichsernährungsministerium die Lebensmittelrationen auch für „Ostarbeiter“ auf ein gewisses Maß heraufsetzte. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen hingen also nicht unwesentlich vom Engagement des jeweiligen Betriebs ab.⁷⁶ (...) Die Bombenangriffe verschlechterten die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter gravierend, zumal sie im nationalsozialistischen Fürsorge- und Versorgungssystem an hinterer Stelle standen. Die wechselnden Lagerbelegschaften und die unzureichenden Möglichkeiten der Hygiene führten zur „Verlausung“ der Lager. Entlausungsanlagen wurden in der Stadt und in manchem größeren Barackenlager eingerichtet. Wiederholte Entwesungsaktionen brachten kaum Erfolg, Fleckfiebererkrankungen breiteten sich aus. Die typische „Lagerkrankheit“ aber war die Tuberkulose, Folge von Mangelernährung und Überbelegung. Vermutlich

⁷⁴ In Weißensee gehörten vier Lager zu Rönneburgs Bereich. Vgl.: Bräutigam, Helmut/Fürstenberg, Doris/Roder, Bernt, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003, S. 205/207/208/210, Nr. 861,872,876,885.

⁷⁵ ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1, S. 1-4.

⁷⁶ Bräutigam, Helmut/Fürstenberg, Doris/Roder, Bernt, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003, S. 39.

mehrere tausend Zwangsarbeiter in Berlin, vor allem die schlecht ernährten „Ostarbeiter“, starben an dieser Krankheit.⁷⁷

Rönneburg deutete in dem „Vermerk“ nur vage an, dass er wegen seiner Anordnungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von der Polizei „angeklagt und eingesperrt wurde“. Die Frage, warum er das nicht deutlicher vermerkt hat, bleibt unbeantwortet und lässt den von positiven Taten aufgeblähten Vermerk eher unwahrscheinlich erscheinen. Es hätte doch ein ganz besonderer Schlusspunkt sein können, seine Gutherzigkeit und die daraus angeblich resultierende Gestapohaft zu belegen. Über die Gründe seiner Verhaftung gibt es nur vermutete Versionen. Auf der Website des Bundesarchivs findet man die Aussage, vor 1945 sei ein Teil seiner aufbewahrten Papiere von der Gestapo beschlagnahmt und ein weiterer Teil sei von Rönneburg selbst vernichtet worden.⁷⁸ Der von ihm selbst beschriebene „Besuch“ der Gestapo in seinem Haus am 14. Oktober 1944, einem Samstag, ist vage: *Im Oktober 1944 wurde ich nach vorheriger Befragung über meine politische Vergangenheit durch einen Gestapo-Kriminal-Kommissar in Haft genommen, und zwar bis Ende März 1945 unter besonders schwierigen und ungünstigen Umständen. Man versuchte anfangs diese aus offenbar politischen Gründen erfolgte Inhaftierung durch sogen. dienstliche Verfehlungen zu bemänteln, die aber durchweg unbegründet war.⁷⁹* Gut zweieinhalb Jahre vorher (s.o.) hatte Rönneburg in seinem „Vermerk“ diese „dienstlichen Verfehlungen“ - jedenfalls aus der Sicht der „NS-Arbeitsfront“ und des Arbeitsamtes - als Grund für seine Einkerkering angegeben, nun waren daraus politische Gründe geworden. Von seiner Frau liegen umfassendere Informationen vor, die sie aber erst nach Mitte der 1950er Jahre in einer protokollierten Aussage im Rahmen ihres Entschädigungsantrages gemacht hat. Am Beginn des Schreibens heißt es: *Belehrt, zur Aussage bereit. Zur Sache:*

Es waren Kriminalbeamte in Zivil erschienen, die sofort den Telefonapparat und den danebenliegenden Notizblock mit Beschlagnahme belegten. Es fand eine vierstündige Haussuchung statt. Es wurden schliesslich ausser Waffen auch einige Schriftstücke aus dem Schreibtisch meines Mannes mitgenommen.

Mein Mann war schon monatelang vor der Verhaftung sehr deprimiert. Er hatte erfahren, dass von ihm eingesetzte Aufseher ständig von der Kripo oder Staatspolizei überwacht wurden und zwar angeblich, um festzustellen, ob die Führung des von ihm eingerichteten Lagers eine ordnungsmässige war. Schliesslich waren die Aufseher gruppenweise vorgeladen und befragt worden, ob mein Mann antihitlerische Reden geführt habe. Einige der Aufseher hatten meinem Mann von alledem Kenntniss gegeben.

Während einer der Vernehmungen bekam der vernehmende Kriminalrat einen Anruf von auswärts. Er sagte dem Sinne nach auf diesen Anruf hin: "Das ist ja grossartig, jetzt haben das Schwein." Er hatte seinerzeit weiter erklärt: „Der Mann ist Weimarer Minister des Weimarer Systems gewesen, so etwas läuft herum, so etwas hängt man auf.“ Auch davon hatte mein Mann erfahren.

⁷⁷ Ebd., S. 43.

⁷⁸ Meine Frage an das Bundesarchiv zur Quelle dieser Aussage beantwortete Matthias Zöller am 21.4.2016: Angaben zum Nachlass Rönneburgs stammten aus der Publikation „Die Nachlässe in deutschen Archiven“ von Wolfgang A. Mommsen aus dem Jahr 1983. Daten seien von Nachlass verwahrenden Institutionen dem Bundesarchiv gemeldet worden. *Der Verbleib des von der Gestapo beschlagnahmten Nachlassteils ist uns ebenfalls nicht bekannt.* Andreas Grau vom ACDP in Sankt Augustin vermutet, dass es sich hierbei auch um Unterlagen aus seiner Ministerzeit und Abgeordnetenzeit handeln könnte. Schreiben vom 5.4.2016. Nur teilbestätigt wird dies durch eine Aussage seiner Frau zu einer Hausdurchsuchung 1944 in einem Brief ohne Datumsangabe - wahrscheinlich 1955: *Es wurden schliesslich ausser Waffen auch einige Schriftstücke aus dem Schreibtisch meines Mannes mitgenommen.* Vgl.: StA Wf, 4 Nds Nr. 2103 Zg. 41-1992.

⁷⁹ ACDP, Nachlass Heinrich Rönneburg, 01-906-002/1.

Diese Vorfälle spielten Monate vor seiner Verhaftung, aber nach den 20. Juli 1944. Unter diesen Umständen hatten weder mein Mann noch ich einen Zweifel darüber, dass irgendeine Aktion geplant war.

Mein Mann ist zunächst nur aufgefordert worden, die Kripobeamten bzw.

Staatspolizeibeamten zu begleiten, um gewisse Unstimmigkeiten in der Führung der ihm anvertrauten Angelegenheiten aufzuklären. Wie ich von meinem Mann und auch von dem seinerzeitigen Generalstaatsanwalt am Kammergericht Berlin, Dr. Golling, erfahren habe, ist mein Mann in das Gebäude des Polizeipräsidiums Alexanderplatz⁸⁰ bis zur Ausbombung in Haft gehalten worden. Er wurde sodann nach Moabit überführt.

Er ist während seiner Haft im Polizeipräsidium (Polizeigefängnis) lediglich einmal aufgefordert, einen Lebenslauf zu schreiben, und zwar am Tage seiner Einlieferung.

Vernehmungen oder andere polizeiliche oder gerichtliche Ermittlungshandlungen haben nicht stattgefunden.

Ich war 6 Wochen vor dem Zusammenbruch bei Dr. Golling. Ich bat ihn um Unterstützung, insbesondere um Anhörung nach Akteneinsicht. Wenige Tage später erklärte er mir, dass über meinen Mann keine Vorgänge existieren.⁸¹ Der Besuch Frau Rönneburgs in Begleitung ihrer Tochter Eva fand am 12. März 1945 statt und ist durch ein Dokument belegt.

Rönneburg kehrte aus dem Gefängnis Moabit, in dem er seit dem 1. Februar 1945 in Untersuchungshaft saß, am 22. März nach Hause zurück. In den bisherigen Beschreibungen folgte nach dieser Entlassung die Aussage, Rönneburg sei einem Ruf aus Wolfenbüttel gefolgt, dort Landrat zu werden. Wie in jenen wirren Zeiten so ein Ruf nach Berlin gelangen sein konnte, ist nicht näher beschrieben und schon gar nicht durch Quellen belegt. In seinem Lebenslauf behauptet Rönneburg, er habe schon vor und nach dem Zusammenbruch bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Partei vorbereitend geholfen. Weiterhin unbeantwortet bleibt die Frage, warum Rönneburg nach der Haftentlassung Papiere und Dokumente verbrannt hat, das Entlassungsformular der Haftanstalt Moabit aber erhalten ist.

Ich möchte mit meiner Annäherung an Heinrich Rönneburg zum Ende kommen. Viele Fragen bleiben ungeklärt, einige habe ich beantwortet oder einer zukünftigen Forschung die Möglichkeit eröffnet, die Antworten zu suchen. Das durch eine Reihe von Autoren seit 1964 geschaffene Bild von Heinrich Rönneburg ist exemplarisch für das Versagen von Historikern.

⁸⁰ Hier war auch Werner Ilberg einige Tage inhaftiert.

⁸¹ StA Wf, 4 Nds Nr. 2103 Zg. 41-1992.